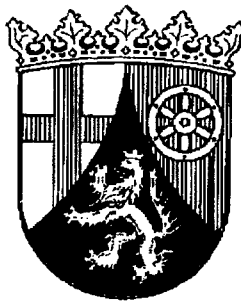


1 L 1503/14.MZ

VERWALTUNGSGERICHT MAINZ

BESCHLUSS

In dem Verwaltungsrechtsstreit

des Herrn Klaus Thyges, Dankwartstraße 9, 67547 Worms,

- Antragsteller -

g e g e n

die Stadt Worms, vertreten durch den Oberbürgermeister, Rathaus, Marktplatz 2,
67547 Worms,

- Antragsgegnerin -

w e g e n Verbots einer Versammlung
 hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Mainz aufgrund der Beratung vom
16. Dezember 2014, an der teilgenommen haben

Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Eckert
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Reuscher
Richter am Verwaltungsgericht Ermlich

beschlossen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der Wert des Verfahrensgegenstandes wird auf 5.000,00 € festgesetzt.

- 2 -

G r ü n d e

Der Antrag des Antragstellers, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs vom 15. Dezember 2014 gegen den Bescheid der Antragsgegnerin vom 11. Dezember 2014 wiederherzustellen, hat keinen Erfolg.

Es spricht viel dafür, dass der Antrag bereits mangels Antragsbefugnis unzulässig ist.

Wie die Antragsgegnerin dargelegt hat, wurde seitens der Piratenpartei, Kreisverband Worms, unter dem 11. Dezember 2014 eine Mahnwache für den 16. Dezember 2014 in der Zeit von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr angemeldet mit dem Thema „Stadtrat Worms – NPD“. Der Antragsteller trat dabei als Vorsitzender der Partei auf. Entsprechend wurde auch die Verbotsverfügung an den Antragsteller als Vorsitzender der Partei erlassen. Im gerichtlichen Eilantrag verwendet der Antragsteller zwar das Briefpapier mit dem Schriftkopf der Partei, stellt jedoch ausdrücklich klar, dass er nicht als Parteivorsitzender, sondern als „Privatperson“ auftritt. Selbst der als Versammlungsleiter genannte Pfarrer Delp ist bei dem Antrag nicht genannt. Der Antragsteller hat auch nicht als Vertreter den Antrag gestellt. Dafür liegen keinerlei Anhaltspunkte vor und steht auch seine ausdrückliche Erklärung entgegen, dass er selbst den Antrag stellt. Da ihm gegenüber als Privatperson aber keine Verfügung ergangen ist, ist nicht erkennbar, inwieweit überhaupt Rechte von ihm betroffen sind.

Unabhängig davon hat der auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs des Antragstellers vom 15. Dezember 2014 gegen den Bescheid der Antragsgegnerin vom 11. Dezember 2014 gerichteter Antrag, selbst wenn man ihn in Wahrnehmung der Rechte der Piratenpartei ansehen würde, auch in der Sache keinen Erfolg.

Im Rahmen der Entscheidung nach § 80 Abs. 5 VwGO ist in materieller Hinsicht das Interesse des Betroffenen an der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs gegen das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO) abzuwägen. Bei dieser Abwägung der widerstreitenden

- 3 -

- 3 -

Interessen kommt es regelmäßig nicht auf die Erfolgsaussichten des eingelegten Rechtsbehelfs an. Die sofortige Vollziehung kann vielmehr als Ausnahme von der gesetzlichen Folge der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 1 VwGO grundsätzlich nur angeordnet werden, wenn ein besonderes Vollzugsinteresse, welches das Individualinteresse des Betroffenen überwiegt, gegeben ist. Die Erfolgsaussichten im Verfahren zur Hauptsache sind allerdings dann von Bedeutung, wenn sich bereits aufgrund der summarischen Prüfung im Aussetzungsverfahren erkennen lässt, dass die angegriffene Verfügung offensichtlich rechtswidrig oder der dagegen eingelegte Rechtsbehelf offensichtlich aussichtslos ist. Kann bei der im Aussetzungsverfahren gebotenen summarischen Prüfung nicht festgestellt werden, ob der Rechtsbehelf des Betroffenen sich als offensichtlich erfolgversprechend oder offensichtlich aussichtslos erweist, bedarf es einer Abwägung der widerstreitenden Interessen (Finkelnburg/Dombert/Külpmann, Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren, 6. Aufl., Rn. 958 f.; OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 3. Mai 1977, AS 14, S. 429, 436). Ergibt die durch das Gericht eigenständig vorzunehmende Interessenabwägung, dass es im Einzelfall zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes oder zur Wahrung sonstiger verfassungsrechtlich geschützter Rechtspositionen der aufschiebenden Wirkung nicht bedarf, so ist es von Verfassungs wegen nicht geboten, ein vorhandenes öffentliches Interesse an dem Vollzug des Verwaltungsaktes bis zum Eintritt seiner Bestandskraft zurücktreten zu lassen (vgl. Finkelnburg/Dombert/Külpmann, a.a.O., Rn. 970 ff.).

Bei der im vorliegenden Eilverfahren nur möglichen und gebotenen summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage überwiegt das öffentliche Interesse am Vollzug des angefochtenen Bescheides vom 11. Dezember 2014 gegenüber den privaten Interessen des Antragstellers an der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruchs gegen den Bescheid.

Gemäß § 15 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes kann die zuständige Behörde eine Versammlung verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umstände die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzugs unmittelbar gefährdet würde. Dabei ist immer auch der Grundsatz der

- 4 -

- 4 -

Verhältnismäßigkeit zu beachten. Vorliegend ist dabei allerdings zu sehen, dass es nicht darum geht, die vom Antragsteller angemeldete „Mahnwache und ein Krippenspiel“ generell zu verbieten, sondern das Verbot bezieht sich lediglich auf die Durchführung an dem konkreten Ort, den der Antragsteller vorgesehen hat. Das von Art. 8 Abs. 1 GG geschützte Recht des Veranstalters einer Demonstration beinhaltet auch dessen Selbstbestimmungsrecht über Art und Inhalt der Veranstaltung und auch den Ort, sowie den Zeitpunkt und die Dauer. Dieses Selbstbestimmungsrecht gilt allerdings nicht uneingeschränkt, sondern hat unter Umständen hinter kollidierenden Rechten Dritter und gewichtigen öffentlichen Belangen/Interessen zurückzutreten.

Solche kollidierende Rechte Dritter und auch öffentliche Interessen stehen dem vom Antragsteller gewählten Ort für seine Veranstaltung entgegen.

Dabei kommen im Rahmen des öffentlichen Interesses auch unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Festlegungen der Antragsgegnerin zur örtlichen Durchführung des Weihnachtsmarktes in Betracht. Unabhängig davon, ob es sich überwiegend um eine kommerzielle Durchführung handelt, ist es nach Ansicht der Kammer nicht zu beanstanden, dass die Antragsgegnerin die für die Durchführung des Weihnachtsmarktes zweckbestimmten Flächen von sonstigen Veranstaltungen weitgehend freihalten will. Diese Zweckbestimmung wird von der Antragsgegnerin vorgegeben. Sie entspricht jedoch gerade auch der Erwartungshaltung und insoweit auch den grundrechtlich geschützten Rechte der Marktbesucher auf „ungestörten“ Besuch des Weihnachtsmarktes. Die Weihnachtsmarktbesucher haben einen Anspruch darauf, nicht wie sonst im Alltagsleben von den unterschiedlichsten Meinungen und Interessen anderer, gerade in politischer Hinsicht, behelligt zu werden, sondern ungestört das Treiben auf dem Weihnachtsmarkt genießen zu können.

In besonderem Maße gilt dies gerade für den Bereich der Weihnachtskrippe. Wie die Antragsgegnerin vorgetragen hat, handelt es sich um einen Stall mit lebensgroßen Figuren, welche das Weihnachtsgeschehen darstellen und die zeitweise um lebende Tiere ergänzt werden. Die dargestellte Krippenszene gehöre „zu den anschaulichsten Darstellungen in dem betreffenden Raum“. Gerade der Krippenbereich mit der Krippendarstellung wird von Eltern mit ihren

- 5 -

- 5 -

Kindern und auch von älteren Kindern alleine besucht, die in der Darstellung der Krippenszene den christlich religiösen Bezug zum Weihnachtsgeschehen finden. Dem läuft es eklatant zuwider und führt auch zumindest zu erheblichen Irritationen, wenn in diesem Bereich plötzlich politische Meinungsäußerungen verbreitet werden und dies auch noch zu einer Zeit, in der gerade die Eltern mit ihren Kindern verstärkt den Weihnachtsmarkt und die Krippe besuchen.

Die von dem Antragsteller nunmehr auf die kommerzielle Durchführung des Weihnachtsmarktes ausgerichteten vorgetragenen Gründe liegen daher neben der Sache und vermögen in keiner Weise zu rechtfertigen, dass der Antragsteller gerade vor der Krippe seine Veranstaltung durchführen will. Wie die Antragsgegnerin in ihrem Bescheid ausdrücklich hervorgehoben hat, wurden alternative, gleichwertige Plätze dem Antragsteller zur Durchführung seiner Veranstaltung angeboten, so z.B. auch vor dem Rathaus. Es ist also keineswegs so, dass die Antragsgegnerin die Veranstaltung verhindern will, sondern sie hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Veranstaltung durchgeführt werden kann, lediglich nicht an dem vorgesehenen Ort, weil an diesem Ort überwiegende andere Interessen entgegenstehen. Dazu kommt auch noch, dass weder der Antragsteller, noch der als Versammlungsleiter genannte Pfarrer Delp nähere Angaben zur Durchführung der Veranstaltung gemacht haben, so dass in keiner Weise eingeschätzt werden kann, wie diese Veranstaltung überhaupt abläuft. Jedenfalls war u.a. auch ein Megaphon angemeldet worden, was wohl eklatant, gegen den Charakter des Weihnachtsmarktes und den ungestörten Besuch der Weihnachtsmarktbesucher spricht. Auch hierdurch würde an dem gegebenen Ort in erheblicher Weise eine Störung des Ablaufs des Weihnachtsmarktes stattfinden.

Es ist daher allein Sache und Verantwortung des Antragstellers, wenn dieser keine der von der Antragsgegnerin angebotenen Alternativen zur Durchführung seiner Veranstaltung in Betracht gezogen hat und diese daher, weil auf den konkreten Ort fixiert, diese nicht stattfinden kann. Dadurch, dass verschiedene politische Veranstaltungen, auch und gerade von der Piratenpartei in der Vorweihnachtszeit in Abstimmung mit der Antragsgegnerin stattfinden, wird diese Einschätzung bestätigt.

- 6 -

- 6 -

Der Antrag ist daher mit der sich aus 154 Abs. 1 VwGO ergebenden Kostenfolge abzulehnen.

Die Festsetzung des Wertes des Verfahrensgegenstandes folgt aus den §§ 52 Abs. 2, 53 Abs. 2 Nr. 2 GKG, wobei der Wert des Hauptsacheverfahrens anzunehmen ist, da durch diese Entscheidung die Hauptsache vorweg genommen wird.

- 7 -

RMB 021

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung steht den Beteiligten und den sonst von der Entscheidung Betroffenen die **Beschwerde** an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

Die Beschwerde ist bei dem **Verwaltungsgericht Mainz** (Hausadresse: Ernst-Ludwig-Str. 9, 55116 Mainz; Postanschrift: Postfach 41 06, 55031 Mainz) schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle **innerhalb von zwei Wochen** nach Bekanntgabe der Entscheidung einzulegen. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist schriftlich oder in elektronischer Form bei dem Beschwerdegericht eingeht.

Die Beschwerde ist **innerhalb eines Monats** nach Bekanntgabe der Entscheidung zu **begründen**. Die Begründung ist, soweit sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, bei dem **Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Deinhardpassage 1, 56068 Koblenz**, schriftlich oder in elektronischer Form einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinandersetzen. **Das Oberverwaltungsgericht prüft nur die dargelegten Gründe.**

Die elektronische Form wird durch eine qualifiziert signierte Datei gewahrt, die nach den Maßgaben der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten vom 9. Januar 2008 (GVBl. S. 33) in der jeweils geltenden Fassung zu übermitteln ist.

Die Einlegung und die Begründung der Beschwerde müssen **durch einen Rechtsanwalt** oder eine sonstige nach Maßgabe des § 67 VwGO vertretungsgefugte Person oder Organisation erfolgen.

Gegen die Streitwertfestsetzung findet die **Beschwerde** statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,- € übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat. Sie ist nur zulässig, wenn sie **innerhalb von sechs Monaten**, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, eingelegt wird; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.


Die Beschwerde ist **beim Verwaltungsgericht Mainz** (Hausadresse: Ernst-Ludwig-Str. 9, 55116 Mainz; Postanschrift: Postfach 41 06, 55031 Mainz) schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist schriftlich oder in elektronischer Form bei dem **Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Deinhardpassage 1, 56068 Koblenz**, eingeht.

Die elektronische Form wird durch eine qualifiziert signierte Datei gewahrt, die nach den Maßgaben der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten vom 9. Januar 2008 (GVBl. S. 33) in der jeweils geltenden Fassung zu übermitteln ist.

gez. Eckert

gez. Dr. Reuscher

gez. Ermlich

Begläubigt

(Zementz, Justizbeschäftigte)

Nibelungenstadt
worms
Stadtverwaltung
Fristsache

Stadtverwaltung · Marktplatz 2 · 87547 Worms

Verwaltungsgericht Mainz
Ernst-Ludwig-Str. 9
55116 Mainz

Verwaltungsgericht Mainz	
Eingang 15.12.2014	
Ausgang:	
Doppel	

Dienststelle: Bereich 1 – Innere Verwaltung
1.06 – Recht
Ansprechpartner: Frau Müller
Dienstgebäude: Rathaus Zimmer 324
Tele-Durchwahl: 06241/853-1600
Telefax: 06241/853-1699
E-Mail: rechtsamt@worms.de

Ihr Schreiben vom
15.12.2014

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
30 30 01 – B 144/14

87547 Worms
15.12.14

6 L 1503/14.MZ

In dem Verwaltungsrechtsstreit

Thyes ./., Stadt Worms
wegen Verbots einer Versammlung
hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

wird dem Antrag entgegen getreten und dazu im Folgenden vorgetragen.

Unklar ist bereits, wer Veranstalter der geplanten Aktion sein soll.
Insoweit war mit der schriftlichen Anzeige einer „Mahnwache“ am 11.12.2014 mitgeteilt worden, beim Veranstalter handele es sich um die Piratenpartei, vertreten durch Herrn Thyes.

Den Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO hat nun aber der Antragsteller als Privatperson gestellt, auch wenn er in der Unterschriftenzeile auf seine Vorstandseigenschaft in der Piratenpartei hinweist, dies aber lediglich unter Verwendung einer Abkürzung. Unklar ist von daher bereits, ob die Piratenpartei überhaupt hinter dem Antrag steht, wogegen spricht, dass in dem an das Gericht gerichteten Antrag ausschließlich auf die Verletzung von Rechten „des Antragstellers“ - und damit des Herrn Thyes als natürliche Person verwiesen wird.

Davon abgesehen, ist nach wie vor nicht klar, was tatsächlich dargeboten werden soll, wenn einerseits eine „Mahnwache“ angekündigt wird, andererseits ein „Krippenspiel“.

In der Anlage erhalten Sie die Stellungnahme der Fachabteilung zum Vorgang.

Sollten Sie, ungeachtet der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, die postalische Übersendung der Verwaltungsakten wünschen, wir um kurzen Hinweis gebeten.

Für die Stadt Worms

(Müller)

www.worms.de
Stadtverwaltung@worms.de
Tel. 06241/853-0
Fax 06241/853-1699 (Rathaus)

Öffnungszeiten:
Mo – Fr: 08.00 – 12.00 Uhr
Do: 14.00 – 18.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Sparkasse Worms-Abbay-Ried
BLZ 653 600 10, Konto 280
IBAN: DE72 6536 0010 0000 000290
SWIFT-BIC: MALADE31WOR

Volksbank Worms-Wonnegau eG
BLZ 653 600 00, Konto 22705
IBAN: DE87 6539 0000 0000 022705
SWIFT-BIC: GENODE31WO1

Ust-IdNr.: 11 0293 DE 149 690 428 St-Nr.: 44/978/0800/1

Bereich 3 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung
3.01- Allgemeines Ordnungsrecht
Ansprechpartner: Peter Klingler
☎ Durchwahl 853-3100
e-mail: peter.klingler@worms.de



h

1.08 Recht
z.Hd.v. Frau Müller

Worms, den 15.12.2014

Bezug: Verwaltungsrechtsstreit Klaus Thyes/ Stadt Worms wegen Verbots einer
Versammlung

Unsere Stellungnahme

Uns liegt ein offizielles Schreiben der Piraten-Partei vom 11.12.2014 vor, das vom Vorsitzenden Klaus Thyes unterschrieben worden ist. Dieses Schreiben ist am 11. Dez. 2014 persönlich beim Abteilungsleiter der Abteilung 3.01- Allgemeines Ordnungsrecht abgegeben und als Posteingang mit Datum und Handzeichen versehen worden.

Eingangs unserer Verfügung wurde die Organisation und der Anzeigersteller sowie der Inhalt der vorliegenden Anzeige wiederholt. Daraus geht klar hervor, dass Veranstalter die Piratenpartei, Kreisverband Worms, Dankwartstraße 9 und deren Vorsitzender Herr Klaus Thyes wohnhaft in 67547 Worms, Dankwartstraße 9, ist. Unsere Verfügung wurde von Herrn Thyes persönlich abgeholt und es bestand kein Zweifel daran, dass er als Vorsitzender der Piratenpartei hier tätig geworden ist, obwohl im Briefkopf unserer Verfügung nur als Person und nicht als Vorsitzender angegeben worden ist. Die Darstellung, er sei für eine Initiative außerhalb der Piratenpartei am 11.12.2014 tätig geworden stimmt nicht mit der vorliegenden Anzeige und somit mit den Tatsachen überein. Dies ist auch unabhängig vom Versammlungsleiter, Herrn Pfarrer Fritz Delp, Diesterwegstr. 1, wohnhaft in 67549 Worms zu sehen.

Die Versamlungsanzeige hat u.a. zum Inhalt, den Veranstaltungstag, Dienstag, den 16.12.2014. Die Veranstaltung soll in der Zeit von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr stattfinden. Außerdem wurde konkret eine Mahnwache zum Thema „Stadtrat Worms -NPD“ angemeldet. Erst während des Gesprächs bei der Übergabe der Anzeige an den Abteilungsleiter wurde der Antrag weiter modifiziert und es wurde von Herrn Thyes klar geäußert, dass man im Prinzip keine Mahnwache, sondern ein Krippenspiel vor der Krippe des Weihnachtsmarktes in Worms zum Thema Flüchtlinge durchführen wolle. Es wurde versucht, mit Herrn Pfarrer Delp, dem Versamlungsleiter, ein Kooperationsgespräch im Sinne des Versamlungsgesetzes zu führen, was nicht zielführend gewesen ist auch in Bezug auf alternative Lösungen. Somit musste bei der Bescheiderteilung von der Versamlungsanzeige und den mündlichen Ergänzungen ausgegangen werden. Wobei auf die Art und Weise des Krippenspiels mit keinem Satz, auch mündlich nicht eingegangen worden ist. Die Art und Weise des Krippenspiels ist somit vollkommen offen geblieben.

Es ist richtig, dass diese Versamlungsanzeige als Ergänzung zu unseren vorangegangenen Auflagenbescheiden zu sehen ist. So wurde der Piratenpartei, vertreten durch Herrn Thyes mit Auflagenbescheid vom 01.10.2014 eine Kundgebung vor dem Rathaus der Stadt Worms für den 08.10., 18.11., und 16.12.2014 erteilt. Hintergrund dieser Versamlungen ist der Einzug eines NPD-Mitglieds in den Stadtrat. Wie aus der Begründung des Antragstellers hervorgeht, beruft dieser sich auf sein Recht auf Versamlungsfreiheit, auf freie Meinungsäußerung, die Freiheit der Kunst sowie der Religionsfreiheit.

Dem steht entgegen, dass der Bereich des Weihnachtsmarktes, ebenso wie die Aufstellung der Buden, vor Beginn des Weihnachtsmarktes festgelegt worden ist. Dieser Bereich unterliegt dem Status einer Sondernutzung, auch wenn dies nicht schriftlich innerhalb des Bereichs, von einer Abteilung zur anderen, mitgeteilt worden ist, da diesem Handeln auch

Bereich 3 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung
3.01- Allgemeines Ordnungsrecht
Ansprechpartner: Peter Klingler
☎ Durchwahl 863-3100
e-mail: peter.klingler@worms.de



der Grundsatz der Verwaltungseinheit zugrunde liegt. In unserer Verfügung haben wir bereits auf die Besonderheit unserer Krippendarstellung hingewiesen. Auch wenn der unmittelbare religiöse Bezug nicht mehr für jeden sich erschließen sollte, ist ein Weihnachtsmarkt in die vorweihnachtliche Zeit/ Adventszeit eingebettet. Für viele der Besucher ist dies mit emotionalen Gefühlen verbunden und dies auch im Hinblick auf die kleineren Besucher. Wir sind der Auffassung, dass der für den Weihnachtsmarkt in Anspruch genommene öffentliche Raum für eine Sondernutzung bzw. spezielle Nutzung zur Verfügung gestellt worden ist. Es finden darin spezielle auf die Vorweihnachtszeit bezogene Angebote und Darstellungen statt. Es ist Sache des Grundstückseigentümers, der Stadt Worms, ihre Flächen für eine Sondernutzung zur Verfügung zu stellen und eine bestimmte Nutzung zuzulassen. Die Krippe ist eine Idee der Stadt Worms, mit dem Ziel Besucher zu erfreuen und nicht zu belasten mit einem nicht näher definierten Krippenspiel. Insoweit ist die Funktion des öffentlichen Raums eingeschränkt. Da weder schriftlich noch mündlich auf die Form des Krippenspiels durch den Anzeigersteller eingegangen worden ist, also keine Anhaltspunkte über die Art und Weise der Krippenspieldarstellung vorliegen und somit auch der Extremfall einer Darbietung angenommen werden kann, sehen wir die vom Antragsteller aufgezeigten und angeblich beeinträchtigten Grundrecht nicht tangiert und dies überwiegend auch begründet mit der Unbestimmtheit des Antrags. Es wurde dem Antragsteller angeboten, außerhalb des Weihnachtsmarktes ein Krippenspiel durchzuführen. Außerdem wurde ihm nahe gelegt, ein Antrag bei der Gewerbeabteilung, unter Vorlage der Inszenierung eines Krippenspiels, zu beantragen. Der Hinweis und die Bezugnahme, dass es bisher bei den aufgezeigten Kundgebungen zu keiner Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gekommen sei, bestätigt die Tatsache, dass die Piratenpartei Träger der Veranstaltung ist. Außerdem kann außerhalb des Weihnachtsmarktes an jeder Stelle, die nicht augenblicklich einer Sondernutzung unterliegt, wie z.B. auf dem Marktplatz, wenn kein Wochenmarktbetrieb stattfindet, auf jeder anderen Fläche vor eigener, selbstgebastelter Kullasse, einer Krippe, ein Krippenspiel nach eigener Vorstellung durchgeführt werden. Es ist auch kein Argument, dass hier besonders viele Besucher seien, weil in der Vorweihnachtszeit flächendeckend überall viele Menschen in der Stadt unterwegs sind. Wir sind der Auffassung, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit, wegen der Sondernutzung und wegen der bestehenden Alternativen, nicht eingeschränkt worden ist, weil an jedem anderen Ort in der Stadt ein Krippenspiel aufgeführt werden kann.

I.A.
Klingler